

Offener Brief an die Mitglieder der Rostocker Bürgerschaft

Für den Erhalt der Straßenbahnverbindung zum Neuen Friedhof

**Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Mitglieder der Fraktionen der Rostocker Bürgerschaft,**

Sie wurden von den Rostockerinnen und Rostockern gewählt, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, unsere Stadt zukunftsfähig zu gestalten und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dazu gehört auch, politische Entscheidungen regelmäßig an neue Erkenntnisse, veränderte Rahmenbedingungen und die berechtigten Anliegen der Bevölkerung anzupassen.

Umso unverständlicher ist es, dass die Bürgerschaft bislang jede Initiative ablehnt, die auch nur die Möglichkeit einer künftigen Straßenbahnanbindung des Neuen Friedhofs offenhält. Die wiederholte Ablehnung entsprechender Anträge – zuletzt des SPD-Antrags im Finanzausschuss, das Projekt „Brücke im Zuge der Rennbahnallee (BW 121)“ in „Straßenbahnbrücke im Zuge der Rennbahnallee“ umzubenennen – sendet ein eindeutiges politisches Signal: Die Möglichkeit eines Weiterbetriebs der Straßenbahn zum Neuen Friedhof soll offenbar dauerhaft ausgeschlossen werden – unabhängig von den vorgebrachten Argumenten.

Gleichzeitig engagieren sich weiterhin zahlreiche Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt dieser Straßenbahnverbindung. Erst vor wenigen Tagen hat sich unser Arbeitskreis erneut getroffen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Dieses Engagement zeigt sehr deutlich: Das Anliegen ist keineswegs erledigt. Viele Menschen erwarten, dass ihre Argumente ernsthaft geprüft und nicht pauschal zurückgewiesen werden.

Die Petition zum Erhalt der Straßenbahn bis zum Neuen Friedhof ist weiterhin anhängig. Sie fordert weder einen Planungsstopp der Tram West noch eine grundlegende Neuplanung der Brücke. Gefordert wird ausschließlich eine sachliche und ergebnisoffene Neubewertung der Entscheidung, die Straßenbahnverbindung zum Neuen Friedhof einzustellen.

Die Petentinnen und Petenten haben ihre Forderung ausführlich begründet. In der Bürgerschaftssitzung vom 22. April 2026 wurde deutlich, dass zahlreiche ihrer Argumente fachlich sehr wohl nachvollziehbar für Sie sind. Als zentrales Gegenargument wurde die fehlende Finanzierung angeführt.

Diese Ausgangslage hat sich inzwischen verändert. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes stehen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 83 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung, die den **Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie entsprechen und den demografischen Wandel berücksichtigen**. Sollte die Bürgerschaft dem Antrag der SPD-Fraktion am 1. Juli 2026 zustimmen, könnten davon mehr als vier Millionen Euro für eine Straßenbahnbrücke eingesetzt werden. Hinzu kommen derzeit nicht eingeplante Fördermittel des Landes für den Neubau der Tram West. Damit besteht die Möglichkeit, die damalige Entscheidung unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen erneut zu bewerten.

Die anstehende Entscheidung am **01. Juli 2026** ist deshalb weit mehr als eine Abstimmung über die Bezeichnung eines Brückenbauwerks. Sie ist ein Signal dafür, ob die Bürgerschaft bereit ist, veränderte Rahmenbedingungen anzuerkennen und berechtigte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen.

Ich appelliere daher an die Mitglieder der Rostocker Bürgerschaft: Stimmen Sie dem Antrag der SPD-Fraktion zu und halten Sie damit die Möglichkeit offen, dass auch künftige Generationen den Neuen Friedhof weiterhin mit der Straßenbahn erreichen können. Unterstützen Sie das Anliegen der Petentinnen und Petenten – gemeinsam mit Ihrer Fraktion.

Eine Zustimmung wäre weder ein Rückschritt noch ein Planungsstopp. Sie wäre vielmehr ein Bekenntnis zu einer ergebnisoffenen Verkehrspolitik, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Investitionen und zu einer Kommunalpolitik, die bereit ist, Entscheidungen zu überprüfen, wenn sich die Voraussetzungen ändern.

Eine lebendige Demokratie zeigt sich nicht darin, einmal getroffene Beschlüsse um jeden Preis zu verteidigen. Sie zeigt sich darin, Argumente anzuhören, Entwicklungen zu berücksichtigen und dort umzusteuern, wo dies im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger sinnvoll ist.

29. Juni 2026

Die Rostockerinnen und Rostocker werden Ihre Entscheidung aufmerksam verfolgen. Viele hoffen darauf, dass Sie die Chance nutzen, unter den veränderten Rahmenbedingungen eine zukunftsorientierte und bürgernahe Entscheidung zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Steffen Rex